Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6658 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.

[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Vierunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 483. Halle a. d. Saale, Montag, den 15. Oktober **1900.**

„Ich bin ein deutscher Bürger!"

Die Rede, mit welcher der Kaiser auf dem alten Römerkastell der Saalburg bei der Grundsteinlegung zum Reichs-Limes-Museum seine Hammerschläge begleitete, hat ein gar mannigfaches Echo im Lande und außerhalb der Grenzen hervorgerufen. Sein Wunsch, daß das deutsche Vaterland einst so gewaltig und so maßgebend werden möchte, wie es vor Zeiten das römische Weltreich gewesen, hat hier und da Empfindungen erweckt, ähnlich denen, die entstanden, als der Monarch vor Wochen in einer seiner Ansprachen an die nach China gehenden Soldaten die Idee einer Weltpolitik durchblicken ließ, und es fehlt nicht an Stimmen, die den Versuch machen, allerlei ähnliche Anschauungen aus der kaiserlichen Ansprache herauszudeuteln. Aber es sind nur vereinzelte Organe, die sich nicht dazu aufschwingen können, eine Rede des Herrschers auch einmal von weiten Gesichtspunkten aus zu betrachten, und diese finden sich dabei Seite an Seite mit den großen englischen Blättern, denen der Vergleich mit dem verflossenen römischen Weltreich ganz gehörig gegen den Strich gegangen ist. So klar es ist, daß weder heute noch in absehbarer Zeit von einem Weltreich, ähnlich dem des Cäsar Augustus, die Rede sein kann und so wenig angenommen werden darf, daß der Kaiser die im Grunde genommen doch ziemlich unbedeutende und solchergestalt auch durch den Aufwand an theatralischem Pomp gekennzeichnete Feierlichkeit dazu benutzt haben sollte, ein neues politisches Programm aufzustellen, so glauben Blätter, wie die „Daily News" und andere, doch, die Ausführungen des Kaisers scharf zurückweisen zu müssen, und selbst die „Times" fühlt sich bemüßigt, darauf aufmerksam zu machen, daß es nur ein Weltreich gebe und in Anbetracht dessen, daß zwei oder drei Staaten Besitzungen haben, die mindestens ebenso ausgedehnt seien wie jene Deutschlands, die Rede als eine Bedrohung des Weltfriedens erscheinen könne. Aber das führende Londoner Blatt ist vernünftig genug, die Rede dann als Ganzes unter Berücksichtigung der Gelegenheit, bei der sie gehalten, zu betrachten, und wenn es dabei darauf hinweist, daß das Gebäude, welches Anlaß zu den Betrachtungen des Kaisers gab, das Denkmal eines Reiches sei, welches auf die Vertheidigung angewiesen und neuen Abenteuern abgeneigt war, und dann zu dem Schlusse kommt, daß auch für das Deutsche Reich mit seiner glänzenden militärischen Vergangenheit die Zeit erschienen ist, das Vollbrachte zu befestigen, so dürfte es damit ungefähr den Kern treffen, der in jener Ansprache enthalten ist.

Es erscheint in der That verfehlt, anzunehmen, der Kaiser habe auf der Saalburg ein deutsches Weltreich proklamiren wollen, denn es kann, darin hat die „Times" recht, nur ein Weltreich geben und sollte dieses Weltreich der deutschen Nation gehören, so wäre zur Gründung desselben Voraussetzung, daß allen Rivalen des Deutschen Reiches, vor allem England und Rußland, dann aber auch Frankreich der deutsche Wille aufgezwungen würde und dieses Ziel ist derart utopienhaft, daß es eigentlich außerhalb jeder ernsthaften Erörterung stehen sollte. Man wird deshalb die Worte des Monarchen unter Berücksichtigung zahlreicher anderer Kundgebungen desselben zu betrachten haben und dann, wenn man sich erinnert, wie der Kaiser von jeher es als seinen Grundsatz bezeichnet hat, das deutsche Ansehen und die Achtung vor dem deutschen Namen auf friedlichem Wege zu stählen und zu stärken, zu der Ansicht gelangen, daß der Träger der Krone lediglich einen Wunsch aussprach, der ihn seit langem beseelt und den jeder national Empfindende nur zu theilen vermag. Wie der Römer im Vertrauen auf den Schutz durch seinen Staat überall sagen durfte: „Civis romanus sum!", so soll der Deutsche — und diesem Wunsche hat einst auch Bismarck schon Ausdruck gegeben — ebenfalls überall mit Stolz sagen dürfen: „Ich bin ein deutscher Bürger!"

Aber leider scheint es, als ob wir trotz der Machtfülle und ungeachtet des Ansehens, welches das Reich genießt, noch lange nicht so weit seien. Eben jetzt liest man aufs neue, wie britischer Uebermuth sich an friedlichen Deutschen vergriff, die in Transvaal ihrem Lebensunterhalt nachgingen, wie sie schaarenweise ohne jede äußere Veranlassung von Haus und Herd durch englische Soldaten weggeschleppt und Verbrechern gleich auf Schiffen zusammengepfercht übers Meer befördert wurden, arm und hilflos, ohne Subsistenzmittel, ohne Schutz. Eben jetzt liest man, wie diese selben Deutschen in London bei ihrer Landung mit Flüchen und Schimpfworten empfangen wurden, wie sie sich von Weibern bespeien und mit Kohlenstücken bombardiren lassen mußten, und liest endlich auch, wie die deutschen Konsuln in Südafrika die Deutschen fremder Hilfe überließen. Aber man liest nicht, daß die deutsche Regierung, die Regierung desselben Kaisers, der den stolzen Ausspruch herbeiwünscht, irgendwelche Schritte gethan hätte, um diesen Männern und ihren Familien Recht und Hilfe zu theil werden zu lassen, und eigenartig muß es angesichts der kaiserlichen Worte berühren, wenn man ferner liest, daß diese deutschen Opfer englischer Willkür sich soeben zu einem Verein zusammengethan haben, um beim deutschen Auswärtigen Amt eine nachdrückliche Vertretung ihrer Ansprüche an England durchzusetzen.

„Ich bin ein deutscher Bürger!" Stolz und schön klingt dieses Wort, gewiß, aber wer fände heute wohl den Muth, es im selben Sinne, wie einst die Römer, auszusprechen, wo die deutsche Regierung sich den englischen Anmaßungen beugt und nicht einmal die Kraft findet, ihre deutschen Bürger, die draußen dem Vaterlande zum Ruhme und zur Ehre arbeiten, vor brutalen Uebergriffen zu schützen. Stolz und schön klingt es, viel schöner als das „I am an Englishman", das man heute in allen Weltgegenden hört und dem niemand zu widersprechen wagt. Man wird abwarten müssen, ob der Kaiser, der es in der Hand hat, seinem Wunsch zur Erfüllung zu verhelfen, dem Worte die That folgen lassen können, ob es ihm gelingen wird, die Verhältnisse zu überwinden, die sich seinem hehren Ideale in den Weg stellen. So lange die Rücksicht auf die Vettern maßgebend ist für die deutsche Politik England gegenüber, so lange wird der Monarch wohl darauf verzichten müssen, das ersehnte Wort erklingen zu hören, das überhaupt erst dann mit dem ganzen großen Stolze, der in ihm liegt, ausgesprochen werden kann, wenn auch in unserem Innern Verhältnisse eingetreten sind, die der freiheitlich angelegten Natur des Deutschen entsprechen. So lange der Polizeistock die Menge regiert, so lange deutsche Kunst und deutsches Geistesleben unter der Verfolgung fanatischer Sittlichkeitsapostel und unter dem unbarmherzig gehandhabten Rothstifte des Censors zu leiden haben, so lange das freie Wort dem freien Worte gegenüber mit Freiheitsstrafe geahndet und jede offene Meinungsäußerung unterdrückt wird, so lange endlich Orthodoxie und Unduldsamkeit ihr Scepter schwingen, die Reaktion Oberwasser hat und krasseste Interessenpolitik gezüchtet wird, so lange wird der wahre, auf innerste Ueberzeugung sich gründende Nationalstolz kaum zum Durchbruch gelangen können. Besser wird es nur, wenn die Regierung besser wird, und dafür zu sorgen, das liegt in der Macht des Monarchen.

Old England mag ruhig sein; wir sind thatsächlich noch weit vom Weltreich dieser Form entfernt. Sch.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser wohnte gestern früh mit der Kaiserin dem Gottesdienst in der Schloßkapelle zu Homburg v. d. H. bei. Später begab sich der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich nach Friedrichshof, von wo dieselben zur Frühstückstafel nach Homburg zurückkehrten. Nachmittags verblieb das Kaiserpaar im Homburger Schlosse, während Prinz und Prinzessin Heinrich nach Friedrichshof fuhren.

* Ueber das Befinden der Kaiserin Friedrich wird aus Cronberg i. T. gemeldet, daß dasselbe befriedigend sei.

* Der Kaiser hat den Kindern des Admirals à la suite des See-Offizierkorps Hollmann, nämlich den Gebrüdern Georg Hollmann, Leutnant im Infanterie-Regiment Nr. 148, Erich Hollmann, Leutnant im Füsilier-Regiment Nr. 86, Fritz Hollmann, Leutnant im Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1, und Albrecht Hollmann, Kadett im Kadettenhause Groß-Lichterfelde, sowie deren Schwester Eva Hollmann den Adel verliehen.

* Der Vertreter der südafrikanischen Republik, Dr. Leyds, ist in Hamburg eingetroffen.

Die Angst vor dem Liberalismus.

Der gemeinsame Haß gegen den Liberalismus führt ganz seltsame Lagergenossen zusammen. Noch bis in die jüngste Zeit hinein machte sich zwischen den Freikonservativen und dem Centrum eine ungemein kriegerische Stimmung geltend, die durch die Verfügung des Posener Erzbischofs in der Frage der Religionsertheilung noch wesentlich verschärft wurde. Und nun ertönen urplötzlich in beiden Lagern liebliche Friedensschalmeien. Und woher dieser plötzliche Frontwechsel? Der „absterbende Freisinn," über dessen Bedeutungslosigkeit Blätter, wie die „Köln. Volksztg." und die „Post" in letzter Zeit nicht genug höhnen konnten, ist über Nacht wieder zu einem ernsten Machtfaktor geworden. Da die Aufforderung zur Sammlung aller entschieden liberalen Elemente gegen die agrarische Brotwuchcrpolitik erfreulicherweise allenthalben bei dem freigesinnten Bürgerthum in Stadt und Land lebhafte Zustimmung findet, keimt jetzt im Lager der Konservativen und des Centrums die Befürchtung auf, daß eine starke, gegen die Reaktionsparteien gerichtete Volksströmung der Verwirklichung ihrer geheimen Wünsche doch noch erfolgreich entgegenwirken könnte. Die „Post" empfiehlt infolgedessen als Gegengewicht gegen die „einseitige Betonung des Verbraucherstandpunktes bei dem Freisinn und der Sozialdemokratie" einen „engeren Zusammenschluß der konservativen Mittelparteien und des Centrums."

„Wo die Verhältnisse so liegen," schreibt das Blatt, „daß nur eine Koalition den Sieg der Freihändler zu verhindern vermag, wie es in geradezu typischer Form in Breslau der Fall ist, da werden stets Centrum und Konservative den Weg zu einander finden. Das ist ein nothwendiger Gegenzug gegen die Sammlungspolitik der Freihändler."

Die „Köln. Volksztg." wiederum wird, wie wir schon am Sonntag kurz erwähnten, mehr durch die liberale „Weltanschauung" beunruhigt.

„Auf dem Gebiete der Religion," so jammert das rheinische Centrumsblatt, „der Moral, der Kunst und der schönen Literatur dekretirt man die Allgemeingültigkeit der liberalen Auffassungen mit einer Rücksichtslosigkeit, als ob die Ansicht sei, den Gegner nach Berliner Manier durch Dreistigkeit zu verblüffen. Geschieht das der Regierung gegenüber, wie das neueste Entschuldigungsschreiben der halbamtlichen „Berliner Korresp." in Sachen der Theatercensur andeutet, vielleicht nicht ohne Erfolg, so wird man doch wohl nicht die Naivetät besitzen, zu hoffen, damit dem Centrum zu imponiren. Das Gleiche erwarten wir von den Konservativen. Die Konservativen haben gegenüber den Gefahren, welche der liberal-antichristliche Geist heraufbeschwört, noch weit mehr Anlaß, nach Bundesgenossen sich umzusehen, als wir. Wie oft hat nicht der „Reichsbote" geklagt, daß das protestantische Volk den Giftwirkungen der liberalen Presse weit mehr ausgesetzt sei als das katholische, und in Bezug auf die „moderne" Kunst und Poesie gilt dasselbe. Den Ansturm auf unseren „Besitzstand" können wir aus eigener Kraft abschlagen, nur im Staatsleben können wir allein die christlichen Grundsätze nicht zur Geltung bringen. Die Mehrzahl der Konservativen hält sich von den Hetzereien des Evangelischen Bundes frei, der vorwiegend aus mittelparteilichen Elementen besteht, und jeder verständige Konservative wird sich selbst sagen, welche Gefahr für die protestantischen Landestheile größer ist: die Gefahr katholisch oder modern-heidnisch zu werden."

Den liberalen Parteien kann es nur angenehm sein, wenn sich die schönen Seelen von der Rechten und von dem Centrum in diesem politischen Glaubensbekenntniß zusammenfinden. Je rascher sich dieser Zusammenschluß vollzieht, desto kräftiger und energischer wird hoffentlich auch der Gegenstoß von der gesammten Linken geführt werden. *

Angesichts der bevorstehenden Chinadebatten im Reichstage

beginnt jetzt auch die „Natl. Korresp." dem Beispiele der konservativen Organe zu folgen und für mildernde Umstände für die Regierung zu plaidiren. Indem sie wiederholt auf Grund hinreichender Informationen erklärt, die Einberufung des Reichstages sei für Mitte November beabsichtigt, schreibt sie:

„Macht man diesen Akt, wie es vielfach geschieht, von dem Stande der Chinafrage abhängig, so steht außer Zweifel, daß die in der gegenwärtigen Situation gegebenen Voraussetzungen die verhältnißmäßig günstigsten sind. Soweit die Betheiligung Deutschlands an den Chinawirren in Betracht kommt, ist der günstigste Moment doch nun einmal versäumt worden. Das war, als die Kunde von der Ermordung des deutschen Gesandten aus Ostasien einging und selbst bis in die äußerste Linke hinein sich das Verständniß für die Zwangslage bekundete, vor die sich die deutsche Regierung durch die in Peking begangenen Verbrechen damals gestellt sah. Nach verdrießlichen Wochen, in denen bei hinreichend bekannten Anlässen eine und zum großen Theil unberechtigte Kritik durchgebrochen ist, die sich auch für die feste Wahrnehmung der deutschen Rechtsansprüche höchst unliebsam bemerkbar gemacht hat, ist jetzt wieder ein Ruhepunkt gekommen. Die Vorschläge, die die deutsche Regierung den Mächten über die Behandlung der Schuldfrage unterbreitet hat und die deren Zustimmung gefunden, erfreuen sich auch uneingeschränkter Zustimmung im Lande. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die erdrückende Mehrheit des Reichstags daher sich ihrer nationalen Pflicht bewußt weiß und die Wahrnehmung der deutschen Rechte durch die Regierung mit allem Nachdruck unterstützen wird. Außer politischen Erwägungen kommen aber auch, sobald es sich nicht um eine plötzliche Einberufung auf kurze Zeit, sondern um den Beginn der ordentlichen Session handelt, noch andere Momente in Betracht. Der Reichstag soll doch auch von vornherein möglichst vollzählig bestimmen sein, namentlich wenn es sich um so gewichtige Entscheidungen handelt. Nicht wenige Abgeordnete haben aber daheim persönliche und geschäftliche Angelegenheiten zu ordnen. Soll also Mitte November die Einberufung des Reichstags erfolgen, dann würde, da es bis dahin nur noch über bis fünf Wochen sind, es wohl angezeigt sein, die Einberufung nun nicht mehr hinauszuschieben."

Dem letzteren Wunsche können wir uns nur anschließen. Was aber die Ausführungen der „Natl. Korresp." im übrigen anbetrifft, so wird allerdings die unerläßliche Wahrnehmung der deutschen Rechte in China nur zu billigen sein. Gegen diese richtet sich der Unmuth des Volkes auch gar nicht, sondern gegen das Verhalten der Regierung dem Reichstage gegenüber, gegen die Nichtbeachtung desselben in Fragen, die seiner verfassungsmäßigen Entscheidung unterlagen und bezüglich deren er gehört werden mußte. Und daß nach dieser Richtung hin ein ernstes Wort mit der Regierung am Platze ist, das hat vor einigen Wochen selbst die „Natl. Korresp." nicht zu bestreiten vermocht, ganz abgesehen davon, daß man auch über den Umfang des Engagements Deutschlands in China getheilter Meinung sein kann. a

Zur Behandlung der Sozialdemokratie.

„Die gefährlichsten Leute in Deutschland sind zur Zeit," so schrieb die „Köln. Ztg." vor kurzem, „jedenfalls diejenigen, die immer wieder den Versuch machen, die Sozialdemokratie durch Nadelstiche und Umsturzvorlagen in das extreme Fahrwasser zurückzutreiben, aus dem die allgewaltigen Kräfte des Lebens sie sanft aber unwiderstehlich hinweggelenkt haben." Wir haben s. Z. mit Genugthuung von diesem durch seine nüchterne Objektivität von den Anschauungen anderer nationalliberaler Blätter wohlthuend abstechenden Urtheil der „Köln. Ztg." über die Entwicklung der Sozialdemokratie Kenntniß genommen, konnten jedoch im Hinblick auf die Wandelbarkeit der Anschauungen des „Weltblattes" den leisen Zweifel nicht unterdrücken, ob die „Köln. Ztg." nicht recht bald wieder einmal sich selbst dementiren werde. Unser Zweifel war nur zu berechtigt. Die „Köln. Ztg." schreibt neuerdings in einem den Beschluß der badischen Nationalliberalen bezüglich der Einführung des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts für den badischen Landtag mißbilligenden Artikel ganz im Stil eines Scharfmacherblattes:

„Es ist ein völlig verkehrter Zustand, daß alle diejenigen Elemente, denen am Bestand eines Reiches oder eines Staates nicht das Geringste liegt, die in der praktischen Verwirklichung einer thörichten Verelendungstheorie das Ziel ihrer kindischen Träume erblicken, genau dasselbe Stimmrecht besitzen sollen wie diejenigen, die mit allen Fasern, mit Geist und mit Blut, mit Hab und mit Gut mit dem Gedeihen und der Blüthe eines mächtigen Staatswesens verbunden sind."

Die „Köln. Ztg." erklärt zwar weiter, daß sie einer Abschaffung des Reichstagswahlrechts, da es nun einmal eingeführt sei, nicht das Wort reden wolle; wir fragen die „Köln. Ztg." aber, ob derartige Ausführungen nicht in gleicher Weise von der Sozialdemokratie als Nadelstiche empfunden werden müssen, wie Umsturzvorlagen. Die Sozialdemokraten werden natürlich sofort Lärm schlagen und die „liberale Bourgeoisie" als verkappte Feindin des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts den Arbeitern gegenüber denunziren. Es ist leider nur zu wahr, daß die Sozialdemokratie eigentlich nur von den Fehlern ihrer Gegner lebt. *

Politisches.

* Ueber eine bevorstehende Reise des Kronprinzen nach Palästina waren vor einiger Zeit hier und da Meldungen aufgetaucht mit dem Hinzufügen, daß auch ein Besuch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19001015014/fragment/page=0001

in Konstantinopel geplant sei. Im Anschluß hieran glaubte der Konstantinopeler „Times"-Korrespondent die Welt durch die Nachricht überraschen zu müssen, die Pforte habe den türkischen Botschafter in Berlin, Ahmed Tewfik Pascha, angewiesen, die deutsche Regierung davon zu verständigen, daß sie jede Verantwortlichkeit ablehne, falls in Palästina sich eine deutschfeindliche Volksstimmung zeigen sollte. Wie die „Post" demgegenüber maßgebenden Orts erfährt, ist diese Meldung durchaus falsch und beruht auf dreister Erfindung.

* Zu den Mittheilungen des „Hannov. Cour." über den Inhalt der neuen Kanalvorlage versichern die „Berl. Pol. Nachr." auf Grund zuverlässiger Informationen, daß diese Mittheilungen keineswegs den Inhalt der betreffenden Gesetzesvorlage wiedergeben, vielmehr augenscheinlich, allerdings in recht geschickter Form, eine Zusammenstellung bietet, welche dem Inhalt der bekannten Denkschrift über den Mittellandkanal und den der Oeffentlichkeit nicht minder bekannten Verhandlungen mit den verschiedenen an den in den wasserwirthschaftlichen Gesetzentwurf neu aufgenommenen Schiffahrtskinien interessirten provinziellen Körperschaften entnommen ist.

* Der „Vorwärts" ist höchst indignirt darüber, daß sein schon erwähnter Vorschlag, zur sog. „konstitutionellen Selbsthilfe" zu greifen und eine „Privatsession" des Reichstages einzuberufen, beim Freisinn keinen Anklang gefunden hat. Er sieht darin einen Beweis der „Greisenhaftigkeit" der Partei, welche sich gegen eine Verfassungsverletzung nicht durch eine „wirksame" Demonstration zu wehren wage. Welche Wirkung sich der „Vorwärts" von einem eigenmächtigen Zusammentritte des Reichstages zu Protestreden und Protestbeschlüssen verspricht, verräth er nicht näher. Er glaubt doch wohl selbst nicht, daß die Regierung durch eine derartige verfassungswidrige Maßnahme eingeschüchtert werden könnte. Der Reichstag hat die hohe Aufgabe, als Hüter der Verfassung gegen alle verfassungswidrigen Schritte aufzutreten und kann dieser nur in vollem Maße genügen, wenn er sich selbst genau innerhalb der von der Verfassung gezogenen Grenzen hält und damit dokumentirt, daß ihm die Verfassung ein heiliges Gut ist, das keineswegs, um einer Verstimmung Ausdruck zu geben, leichten Herzens verletzt werden darf. Bindet der Reichstag selbst sich nicht streng an die Verfassung, so würde er damit, falls er einmal als Ankläger gegen Verfassungswidrigkeiten aufzutreten hätte, die Wirkung seines Verdikts und seine Kompetenz, in dem Falle als Richter und Schützer der Verfassung aufzutreten, bedeutend beeinträchtigen, ganz abgesehen davon, daß ein leichtherziges Hinwegsetzen über die verfassungsmäßig gezogenen Schranken einer etwaigen konfliktslüsternen Regierung einen bequemen Vorwand böte, die Unverletzlichkeit der Verfassung als vom Reichstage selbst über den Haufen geworfen hinzustellen. Die Ausführung des Vorwärts" gegebenen Rathes würde also zweifellos mehr schaden als nützen, das sollte das sozialdemokratische Centralorgan doch selbst einsehen.

Volkswirthschaftliches.

* Zum Ladenschlußder Apotheken enthält die „Apotheker-Zeitung", das Organ des deutschen Apothekervereins, eine Betrachtung, die sich mit der Aufforderung an die Berufsgenossen wendet, einer gesetzlichen Regelung durch freie Entschließung zuvorzukommen. Das Fachorgan schreibt:

„Die Apotheker thun daher vielleicht gut, um nicht den Schein einer Bevorzugung derselben vor anderen Handeltreibenden zu erwecken, dem gesetzlichen Ladenschluß, den man früher oder später doch auf sie zur Anwendung bringen wird, aus freien Stücken sich anzuschließen. Schon jetzt haben die Apotheker verschiedener Städte diesen Schritt gethan, an den das Publikum sich bald gewöhnen wird."

Die Mahnung fällt hoffentlich auf fruchtbaren Boden. Schon jetzt macht sich eine große Verstimmung in Drogistenkreisen bemerkbar, die den schon bestehenden Privilegien der Apotheker ein neues hinzugefügt sehen. Der Einwand der Apothekenbesitzer, das Publikum würde benachtheiligt, ist nicht stichhaltig, da für den Bezug von Arzneimitteln nach Ladenschluß ja der Nachtdienst der Apothekenangestellten eingeführt ist. Verkaufsartikel, die nicht unter den Begriff Arzneimittel fallen, sind übrigens nach der am 24. August erschienenen Anweisung zur Ausführung der Gewerbenovelle vom Verkauf nach 9 Uhr ohnehin ausgeschlossen. Sonach bleiben für den Ausnahmezustand der Apotheken keine einwandfreien Gründe mehr übrig. Dies wird besonders auch von den Angestellten empfunden, die sich gegenüber anderen Handelsangestellten mit Recht benachtheiligt sehen.

* Dem kaiserlichen Gesundheitsamt ist das Erlöschen der Maul- und Klauenseuche unter den Schweinen vom Schlacht-Viehhofe zu München am 13. Oktober gemeldet worden.

Kirche und Schule.

* Eine Reform der deutschen Rechtschreibung soll nun ernstlich in Angriff genommen werden. Der preußische Kultusminister hat sich an den Reichskanzler gewandt und in einem längeren Berichte dargelegt, daß er von verschiedenen Seiten darum angegangen worden sei, eine Neuregelung der deutschen Rechtschreibung in die Wege zu leiten. Um eine solche wenigstens innerhalb der deutschen Schulen und auf dem Gebiet des amtlichen Verkehrs herbeizuführen, halte es der Minister für erforderlich, zunächst eine Verständigung mit einigen Reichsbehörden zu erzielen, und bitte deshalb ihn zu ermächtigen, sich mit dem Reichs-Postamt und dem Reichs-Justizamt zur Einleitung von Vorbesprechungen in Verbindung zu setzen. Der Reichskanzler hat diese Ermächtigung ertheilt, und die daraufhin eingeleiteten Besprechungen zwischen Vertretern der preußischen Unterrichtsverwaltung und der beiden Reichsämter haben zu dem Ergebniß geführt, daß der gegenwärtig auf dem Gebiet der deutschen Rechtschreibung herrschenden Unsicherheit und Zerfahrenheit ein Ende gemacht und eine einheitliche Gestaltung der deutschen Rechtschreibung herbeigeführt werden müsse. Der Kultusminister wird sich sodann mit den maßgebenden Stellen der anderen deutschen Bundesstaaten, insbesondere Bayerns, Württembergs und Sachsens, sowie der Schweiz, wahrscheinlich auch Oesterreichs, in Verbindung setzen und, wenn er hier wiederum derselben Geneigtheit, wie sie vor 24 Jahren vorhanden war, begegnen sollte, voraussichtlich den Zusammentritt einer neuen Konferenz zur Herstellung einer einheitlichen deutschen Rechtschreibung vorschlagen.

* Ueber die neue medizinische Promotionsordnung ist eine Einigung mit sämmtlichen deutschen Bundesstaaten erzielt worden, die bisher bekanntlich nicht bestand. Reichsangehörige werden, diesen neuen Bestimmungen zufolge, in der Regel erst nach dem Bestehen der ärztlichen Approbation zur Promotion zugelassen. Bedingung ist die Einlieferung einer druckwürdigen Dissertation und die Abhaltung eines wissenschaftlichen Kolloquiums vor drei Examinatoren. Reichsangehörige ohne medizinische Approbation benöthigen einer speziellen Genehmigung des Landesministeriums. Ausländer müssen eine entsprechende Vorbildung nachweisen, eine Dissertation vorlegen und ein Examen bestehen, das eine Prüfung in praktisch-klinischen Fächern in sich schließt.

* Der Plan zum Falk-Denkmal in Hamm ist gescheitert, weil der Magistrat mit Rücksicht auf die Katholiken, die aber neutral geblieben sind, sich ablehnend verhalten hat. Die Erregung ist groß, da das Denkmal dem Minister Falk als Wohlthäter der Schule, nicht dem Kulturkampf-Minister gelten sollte. Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint auch uns das Verhalten des Hammer Magistrats zum mindesten recht sonderbar.

Parteinachrichten.

* Die Anträge für den Görlitzer freisinnigen Parteitag häufen sich zusehends. So ist außer Anträgen, eine politische Korrespondenz für die kleineren Zeitungen, eine Broschüre mit dem Parteiprogramm und einer kurz gefaßten Erläuterung dazu, einen Parteikalender, sowie ein billiges Partei-Wochenblatt herauszugeben, vom 4. Berliner Wahlkreis beantragt worden:

„Der Parteitag wolle beschließen: 1. Die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei möge im Reichstage zur Gewerbeordnung beantragen, daß schulpflichtige Kinder früh vor Beginn des Unterrichts und abends nach 7 Uhr weder in ihrer Wohnung, noch außerhalb gewerblich beschäftigt werden dürfen, und daß Kindern bis zum 16. Lebensjahre eine Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden täglich einschließlich zweistündiger Ruhepausen gestattet werde. 2. Dieselbe möge im Abgeordnetenhause zur Städteordnung beantragen, daß Stadträthe nicht mehr der Bestätigung durch die Regierung bedürfen, und daß bei den der Bestätigung bedürfenden Kommunalbeamten dieselbe innerhalb 3 Monaten zu ertheilen oder zu versagen ist. 3. Dieselbe möge im Reichs- oder Landtage alle diejenigen Schritte thun, die geeignet sind, der bestehenden Kohlennoth, die auf dem besten Wege ist, sich zu einem Nothstande, namentlich für die ärmere Bevölkerung auszuwachsen, möglichst baldige Abhilfe zu schaffen. 4. Dieselbe möge an zuständiger Stelle beantragen, daß die kirchlichen Wählerlisten, ebenso wie die Wählerlisten zu Reichs- und Landtag von den kommunalen Behörden aufgestellt werden."

Der Freisinnige Verein zu Jauer hat folgenden, uns nur bezüglich seines ersten Theils sympathischen Antrag eingebracht:

„1. In Anbetracht der immer mehr steigenden Staatslasten, sowie der ebenfalls wachsenden Provinzial-, Kreis-, Kommunal- und Kirchenlasten, deren Aufbringung nach Prozentsätzen der Staatseinkommensteuer erfolgt, hält es der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei für eine dringende Forderung der Gerechtigkeit, daß diese Lasten nicht zum größten Theil, wie bisher, auf die Schultern der städtischen und ländlichen gewerblichen und handeltreibenden Bewohner gelegt werden, und ist die preußische Staatsregierung aufzufordern, billigerweise auch die Landwirthschaft treibende Bevölkerung, deren Steuererklärungen bisher fast nur schätzungsweise erfolgen, zur Führung von Büchern anzuhalten und in gleich scharfer Weise, wie die gewerbe- und handeltreibenden Stände, sowie die arbeitende Bevölkerung zu den Steuerleistungen heranzuziehen. 2. Es erscheint dringend nothwendig, daß alle Mitglieder des Parteitages, sowie Parteigenossen in ihren Wahlkreisen Fälle von auffällig niedrigen Einschätzungen der Landwirthschaft treibenden Personen feststellen und das gewonnene Material den Abgeordneten der Freisinnigen Volkspartei im preußischen Landtag zur weiteren Verwerthung im Sinne obigen Antrages zugänglich machen."

Verwaltung und Rechtspflege.

* Das „Justiz-Minist.-Blatt" veröffentlicht eine Nachweisung über die Zahl der bei den Justizbehörden beschäftigten Referendare für die Jahre 1888—1900, aus der sich ergiebt, daß die Zahl abermals gestiegen ist und am 1. Aug. d. J. größer war, als je zuvor. Es sind 4602 Referendare vorhanden gegen 4314 im Jahre 1899, 4062 im Jahre 1898, 3767 im Jahre 1897, 3506 im Jahre 1896, 2975 im Jahre 1890 und 3216 im Jahre 1888. Im letzten Jahre hat hiernach die Zahl der Referendare um 288 oder 6,9 vom Hundert zugenommen, und in 10 Jahren hat sich ihre Zahl um 1627 oder 54,8 vom Hundert erhöht. Die meisten Referendare hat der Kammergerichtsbezirk mit 849 (1899 810 und 1890 602), dann folgen die Oberlandesgerichtsbezirke Köln mit 645 (606 und 471), Breslau mit 531 (467 und 296), Hamm mit 471 (443 und 231), Naumburg mit 411 (400 und 334), Celle mit 379 (330 und 290), Königsberg mit 241 (238 und 197), Stettin mit 219 (190 und 139), Frankfurt a. M. mit 208 (194 und 163), Posen mit 203 (139 und 91), Kassel mit 165 (154 und 99), Kiel mit 147 (148 und 77) und Marienwerder mit 133 (138 und 105). In den beiden letztgenannten Bezirken hat also die Zahl der Referendare seit dem vorigen Jahre abgenommen, während die Zunahme am stärksten war im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau.

m. Der Regierungs- und Baurath Bassel zu Prenzlau, Vorsteher einer Eisenbahnbetriebsinspektion, war kürzlich in Prenzlau mit erheblicher Majorität zum Stadtverordneten gewählt worden. Die Wahl wurde aber vom Baumeister Wiede angefochten, welcher behauptete, der Gewählte gehöre zu den Bahnpolizeibeamten; sämmtliche Polizeibeamten seien aber nach § 17 der Städteordnung nicht wählbar. Der Bezirksausschuß erklärte auch im Verwaltungsstreitverfahren die fragliche Wahl für ungiltig. Gegen diese Entscheidung legte die Stadtverordneten-Versammlung Berufung ein und erklärte die Vorentscheidung für verfehlt. Bassel gehöre nicht zu den Polizeibeamten des § 17 der Städteordnung. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jedoch die Vorentscheidung und machte geltend, § 17 umfasse alle Polizeibeamten; hierzu gehörten auch die Eisenbahnpolizeibeamten. Hätte der Gesetzgeber eine dahingehende Anordnung nicht beabsichtigt, so mußte er eine andere Fassung wählen. Das Gesetz mache keinen Unterschied zwischen verschiedenen Arten von Polizeibeamten, demnach erscheine auch der Verwaltungsrichter nicht befugt, Unterschiede zu machen. Die Bahnpolizeibeamten, welche besonders für Ordnung und Sicherheit des Verkehrs auf den Eisenbahnen zu sorgen haben, seien ebenso abhängig wie die anderen Polizeibeamten; auch lasse sich weder aus den Materialien noch aus der Natur der Sache ein Grund dafür herleiten, daß die größere oder geringere Abhängigkeit von der vorgesetzten Behörde für den Gesetzgeber von Bedeutung war. Für die Annahme, daß der Gesetzgeber nur an die Beamten der eigentlichen Orts- und Landespolizei gedacht habe, mangle es an jeder Grundlage. Das Oberverwaltungsgericht hat früher bereits entschieden, daß ein Kreisdeputirter, wenn er zur Zeit der Wahl den Landrath vertritt, als Polizeibeamter nicht wählbar ist.

Soziale Angelegenheiten.

* Die Kommission für Arbeiterstatistik wird in nächster Zeit im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Flick wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung werden stehen die Besprechung der Verhältnisse in der Schiffahrt und dem Transportwesen sowie im Fleischergewerbe.

Gesundheitswesen.

* Die Ausführungsbestimmungen zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, deren Veröffentlichung durch den „Reichsanzeiger" bereits gestern von uns gemeldet wurde, beziehen sich lediglich auf die Pest. Danach sollen Personen, welche sich kürzlich in einem von der Seuche befallenen Orte aufgehalten haben, während einer Dauer bis zu zehn Tagen in schonender Form beobachtet werden. An Pest erkrankte oder krankheitsverdächtige Personen sind ohne Verzug abzusondern. Die Räumung eines ganzen Hauses ist angezeigt wenn in ihm ungünstige sanitäre Zustände herrschen. Für den Transport der Kranken sollen nicht öffentliche Verkehrsmittel dienen. Wohnungen oder Häuser mit erkrankten Personen sind kenntlich zu machen. Die Verfügung enthält außerdem noch Bestimmungen über die Desinfektion von Gebrauchsgegenständen Das Studium bakteriologischer Pesterreger soll nur weniger gestattet sein. Der Handel mit Pestkulturen ist untersagt. Der Schluß der Verfügung bilden Vorschriften über die Maßnahmen im Eisenbahnverkehr zu Pestzeiten.

* In der württembergischen Oberamtsstadt Ludwigsburg ist angeordnet worden, daß sich die Schlächtergesellen gleich wie die Bäckergesellen allmonatlich einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen müssen.

Ausland.

Die Wirren in China.

Die Befehlshaber der in Peking liegenden verbündeten Truppen lassen es sich gegenwärtig angelegen sein, ihre Aufmerksamkeit der Herbeiführung geordneter Zustände in der Hauptstadt des chinesischen Reiches zu widmen. Zu diesem Zwecke hielten die Generale der verbündeten Truppen in Peking eine Konferenz ab, um über gleichmäßige Verfügungen betreffend die Polizei in der ganzen Stadt ein Einvernehmen zu erzielen. Es soll eine Proklamation erlassen werden, welche den Einwohnern gestattet, die Stadt zu verlassen und wieder zu betreten, ohne daß besondere Erlaubniß nöthig wäre. Sir Robert Hart bereitet einen Aufruf an die Landbewohner vor, worin sie aufgefordert werden, bei Garantie des Schutzes ihre Produkte zur Stadt zu bringen.

Der Oberbefehlshaber Graf Waldersee

befindet sich noch immer in Tientsin, wo er dieser Tage die englischen und russischen Truppen besichtigte. Auf Anordnung des Feldmarschalls ist mit Rücksicht auf die Stärke der deutschen Garnison in Tientsin ein deutscher Offizier in die provisorische Regierung der Chinesenstadt, die bisher aus je einem Russen, Engländer und Japaner bestand, aufgenommen worden. In den nächsten Tagen beabsichtigt Graf Waldersee sein Hauptquartier nach Peking zu verlegen.

Leider kommt auch eine recht unerfreuliche Nachricht aus Tientsin. Die deutschen Truppen, welche dort lagern, sollen durchweg schwer unter Dysenterie zu leiden haben. Die Meldung stammt aus russischer Quelle; von deutscher Seite ist darüber noch nichts laut geworden, ebensowenig ist bisher etwas über Sterbefälle bekannt geworden, so daß man zu der Hoffnung berechtigt ist, daß die russische Meldung auf Uebertreibung beruht.

Die Expedition nach Paotingfu

soll nunmehr thatsächlich endlich aufgebrochen sein, und zwar am Morgen des 12. Oktober in drei Kolonnen, von denen die mittlere unter einem deutschen, die rechte unter einem englischen und die linke unter einem französischen General steht. Nach anderen Meldungen setzt sich die Expedition aus zwei Abtheilungen zusammen, deren eine, aus Deutschen, Franzosen und Italienern bestehend, direkt auf Paotingfu marschire und von dem General Baillaud befehligt werde. Die zweite bestehe aus 2000 Engländern unter Campbell und rücke auf einem Umwege südlich des Flußlaufes nach Paotingfu vor, wo zahlreiche Dörfer liegen, in denen, wie man glaubt, Boxer wohnen.

Die Expedition scheint, so wird weiter gemeldet, in ihren eigentlichen Zielen weniger gegen Paotingfu, als gegen den kaiserlichen Hof gerichtet zu sein, der sich jeder direkten Verständigung mit den Mächten und damit jeder Verantwortung für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse im Reiche der Mitte dauernd entziehen möchte. Der Vorstoß soll von Hankau aus durch eine dritte Expedition unterstützt werden. Auf diese Weise will man die neue Hauptstadt von allen Verbindungen abschneiden. Das Hauptquartier des chinesischen Transportwesens wurde von Tschinkiang nach Hankau verlegt.

In der Nähe von Peking werden während der Abwesenheit der Expedition Unruhen befürchtet; infolgedessen wurde der japanische General mit der Aufgabe betraut, Peking zu vertheidigen.

Die Reise des chinesischen Hofes nach Singanfu ist angeblich verschoben worden, weil sich in Schensi aufständische Mohammedaner befinden sollen.

In Peking eingetroffene Boten berichten von großen Gefechten zwischen Boxern und kaiserlichen Truppen.

Weiter wird gemeldet, eine Abtheilung von 100 Franzosen und 100 Engländern befinde sich auf dem Marsch nach den westlichen Hügeln über Tsotschou, um die eingeborenen Christen zu befreien und nach Peking zu bringen. Es sei ein allgemeines Uebereinkommen getroffen, daß die kaiserlichen Truppen nicht angegriffen werden sollen, die von Li-Hung-Tschang den Befehl erhalten hätten, nicht auf die Fremden zu schießen.

Die Lage im Süden

scheint immer bedrohlicher zu werden. Die Rebellen in Sischuen marschiren zehntausend Mann stark gegen Huchonfu bei Kanton. Es heißt, daß sie von den regulären Truppen geschlagen worden seien. Gerüchtweise verlautet, der Taotai von Shanghai wäre von den Konsuln verständigt worden, daß die fremden Garnisonen im Hinblick auf die gefährliche Lage verstärkt werden würden.

Bezeichnend für die Lage ist es, daß Jutschang, der Gouverneur von Honan, ein Bruder des verstorbenen Vicekönigs von Tschili, Julu, nach Wutschang versetzt worden ist, um sich mit dem dortigen Vicekönig in die Amtsgeschäfte zu theilen. Jutschang ist, wie die Blätter bemerken, einer der bekanntesten Führer der Boxerbewegung.

Der südafrikanische Krieg.

Der Transvaalgesandte, Dr. Leyds, ist am Sonnabend in Hamburg eingetroffen. Er intervenirt dort in einem Rechtsstreit, der mit dem transvaalischen Dynamitmonopol zusammenhängt. Gleich nach seiner Ankunft wurde er vor der Civilkammer des Landgerichts als Zeuge vernommen. Es handelt sich um den Prozeß zwischen dem früher in Südafrika, jetzt in Hamburg domizilirten Kaufmann Eduard Lippert und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19001015014/fragment/page=0002

der Südafrikanischen Sprengstoff-Agentur-Gesellschaft. Lippert beansprucht 285,000 M. und 7500 Lstrl. Die Gesellschaft übernahm 1899 auch den von Lippert mit der Transvaal-Regierung geschlossenen Kontrakt betreffs des Dynamit-Monopols.

Nach Hamburg hat Dr. Leyds auch den ersten Legationssekretär seiner Gesandtschaft mitgenommen, der in Vertretung seines Chefs sich einem Interviewer der „Neuen Hamb. Ztg." gegenüber über den Stand der Dinge in Transvaal aussprach. Er sagte etwa folgendes:

Die Sache der Buren steht unleugbar schlecht, sehr schlecht. Aber wir geben nicht die Hoffnung auf, so lange wir leben. Das einzige ist: aushalten, den Guerillakrieg fortführen, nicht vorauszusehende Komplikationen können unsere Sache verbessern; obwohl der Entschluß der Königin der Niederlande hochherzig ist, dem Präsidenten Krüger ein Kriegsschiff für die Ueberfahrt nach Europa zur Verfügung zu stellen, bleibt es doch bedauerlich, daß es überhaupt so weit kommen mußte. Wir können nicht sagen, ob Krüger nach Deutschland kommt, da die Gesandtschaft selbst ohne Nachricht ist und erst mit dem Präsidenten in Verbindung treten kann, wenn er einen außer dem englischen Einfluß befindlichen Ort erreicht hat. Die Ausstreuungen über die Flucht Krüger's sind einfach erlogen. Schon im Juli hatte der Volksraad beschlossen, daß der Präsident nach Europa reisen und Schalk Burger ihn vertreten solle.

Trotz der energischen Betonung des Diplomaten wird man sich nicht entschließen können, die Entfernung Krüger's aus Transvaal als etwas anderes als eine Flucht aufzufassen. Aber diese Flucht war noch immerhin nicht das Verschlimmste, was „Ohm Paul" unternehmen konnte; denn wenn er im Lande geblieben wäre, würde er unter den obwaltenden Umständen wohl schon längst in die Hände der Engländer gefallen sein. Krüger soll sich übrigens bereits an Bord des niederländischen Kreuzers „Gelderland" befinden. Die Abreise des Schiffes von Lourenço Marquez sollte am Montag oder Dienstag erfolgen.

Sehr ernst gemeint dürfte dagegen die Bemerkung des Staatsmanns gemeint sein, daß die Buren den Guerillakrieg bis zum äußersten fortsetzen werden. Dafür sprechen außer den Nachrichten, die wir in den letzten Tagen veröffentlichen konnten, auch die heute vorliegenden. General Dewet hat eine Proklamation erlassen, in welcher er erklärt, daß alle Burghers, die sich weigerten, Waffen zu tragen, zu Kriegsgefangenen gemacht werden würden. Die kampfesmüden Buren kommen dadurch in eine üble Lage: wenn sie die Waffen ergreifen, werden sie von den Engländern als Rebellen behandelt, wenn sie sich aber weigern, zu kämpfen, dann werden ihre eigenen Landsleute sie als Feinde betrachten. Auch ein neues Gefecht hat im Freistaate stattgefunden. „Reuter's Bureau" meldet darüber aus Lindley vom 14. d. M.:

Bei einem Zusammenstoß mit einer Patrouille des unter Hasebrouck stehenden Kommandos wurden zwei Offiziere getödtet und ein Soldat gefangen genommen. Wie es heißt, sollen die Buren in der Richtung auf Winburg vorrücken.

Trotzdem der Kleinkrieg noch immer an allen Ecken emporlodert, beginnen die Engländer bereits mit der Verminderung ihres Heeres in Südafrika. Die Zahl der Truppen wird umgefähr auf die Hälfte vermindert. Die hauptsächlich aus Kolonisen und Afrikanern bestehenden Truppenkörper werden aufgelöst; die Freiwilligen aus Natal sind bereits, nach elfmonatigem harten Kriegsdienst, entlassen, und die leichte südafrikanische Reiterei, die sich vorwiegend aus Flüchtlingen aus Johannesburg zusammensetzte und in Natal, sowie im Oranje-Freistaat treffliche Dienste leistete, ist ebenfalls aufgelöst worden. Die Milizen aus England, die hauptsächlich die Verkehrswege beschützen mußten und nur selten mit dem Feinde Schüsse wechselten, sind theilweise bereits nach der Heimath unterwegs. Man hofft in London, noch vor Jahresschluß die Besatzung der beiden dem britischen Reich einverleibten Burenstaaten auf 50,000 Mann herabzusetzen, wozu noch die 12,000 unter General Baden-Powell gestellten berittenen Polizisten kommen, denen die Aufgabe zufallen wird, die als Rebellen gekennzeichneten Vertheidiger ihres Vaterlandes auszurotten. Oberbefehlshaber soll nach Lord Roberts' Rückkehr der brutalste unter allen britischen Militärs, Lord Kitchener, werden.

Oesterreich-Ungarn.

Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" versucht in Abrede zu stellen, daß der österreichisch-ungarische Gesandte beim Vatikan, Graf Revertera, infolge der gegenwärtig herrschenden Zwistigkeiten zwischen Wien und Rom abberufen worden sei. Das Blatt schreibt:

„Verschiedene Blätter bringen Erörterungen über den von ihnen als vollzogene Thatsache behandelten Rücktritt des Botschafters beim Heiligen Stuhl, Grafen Revertera. Wie wir konstatiren, begleitet sich der Botschafter auf seinen Posten zurück, und wenn es bei dem vorgerückten Alter und der langen Dienstzeit dieses hochverdienten Diplomaten auch nicht unbegreiflich erscheint, daß derselbe den Wunsch hegen sollte, sich im Laufe des Winters in den Ruhestand zurückzuziehen, so ist doch ein Wechsel in unserer Vertretung beim Vatikan keineswegs unmittelbar bevorstehend. Am wenigsten berechtigt erscheint es, von einer „Abberufung" zu sprechen, oder das Ruhebedürfniß des Grafen Revertera mit Vorgängen jüngsten Datums, welche die politische Diskussion beschäftigen, in Verbindung zu bringen. Nach unseren Informationen entspricht überhaupt die Kritik, die an dem langjährigen Wirken des Botschafters aus diesem Anlaß geübt wird, keineswegs der Meinung, welche in den entscheidenden Kreisen über dasselbe herrscht, wie auch die grelle Beleuchtung, in der unsere Beziehungen zu der Diplomatie des Heiligen Stuhles vielfach dargestellt werden, mehr effektvoll als zutreffend erscheint."

Dieses Dementi ist eigentlich eine Bestätigung. Daß die Beziehungen des Wiener Hofes zum Vatikan getrübt sind, wird indirekt zugegeben, ebenso die Thatsache, daß der Gesandte sich zurückziehen wird. Was das „Ruhebedürfniß" des Grafen Revertera anbelangt, so weiß man wohl ohne weiteres, was von derartigen „Bedürfnissen" hoher Würdenträger, die sich in kritischen Situationen ja öfter einzustellen pflegen, zu halten ist.

Belgien.

Die Brüsseler Sozialdemokraten haben beschlossen, am zweiten Sonntag im November eine große Demonstration für das allgemeine Wahlrecht und die Amnestie zu veranstalten. Bürgermeister De Mot hat aus Erkenntlichkeit für das Entgegenkommen der Arbeiterführer bei Unterlassung der Demonstration, die beim Einzug des neuvermählten Prinzenpaares geplant war, versprochen, am Tage der beschlossenen Demonstration auf dem Rathhause eine Delegation der Arbeiterpartei persönlich zu empfangen.

Italien.

Die Gemeindewahlen in Palermo haben, wie der „Volksztg." berichtet wird, der konservativen Monarchistenpartei einen so vollständigen Sieg gebracht, daß sie gleich alle 80 Gemeinderathssessel besetzte. Die Regierungspartei bediente sich der Maffia als Einpeitscherin der Massen und diese hat geradezu Wunderbares geleistet; sie brachte als Wähler an die Urnen: 363 Todte, 216 nach Argentinien, Tunis, Malta und Marseille Ausgewanderte, 57 in Geschäften auf dem italienischen Festland vorübergehend Abwesende, 148 Eingekerkerte, wegen Mord und Raub in den Zuchthäusern von Finalborgo (Ligurien) und Portolongone (Elba) Eingesperrte und in sizilischen Gefängnissen in Untersuchungshaft Gehaltene und endlich 34 Frauen, welche für ihre Männer abstimmen. Das ist eine Leistung! Sie wird aber noch übertrumpft durch die Thatsache, daß in 14 Bezirken zwei bis siebzig Wähler mehr abstimmten, als in den Listen standen, nota bene mit Einrechnung der längst Verstorbenen, der Herren Verbrecher und Auswanderer. Als künftigen Bürgermeister haben die Konservativen den Großgrundbesitzer Fürsten von Camporeale, Schwager des Staatssekretärs Grafen Bülow zu Berlin, in Aussicht genommen. Die Annahme der durch den Verbrecherbund der „Maffia" geleisteten Wahldienste seitens der Regierungspartei hat die unabhängige Presse Italiens mit trüben Ahnungen über den Ausgang des Prozesses Notarbartolo-Palizzolo erfüllt; sie befürchtet ein sonstes Einschlummern der parteipolitisch angekränkelten Frau Justitia auf Sizilien. Die einzige Hoffnung aller Freunde Italiens, daß endlich nach 8½jähriger Untersuchung die wirklich Schuldigen an furchtbaren Mordthaten zur Rechenschaft gezogen werden, beruht auf der Autorität des lombardisch-piemontesischen Richterstandes dem Ministerium gegenüber; die Richter ohne Furcht und Tadel vom Mailänder Gerichtshof scheinen schwerlich gewillt, ihr tadellos begonnenes Werk durch die allzelt mit Geringschätzung behandelten Südländer verpfuschen zu lassen.

Großbritannien und Irland.

Bis jetzt sind gewählt 398 Ministerielle, 179 Liberale und 80 Nationalisten. Die Ministeriellen gewannen bisher 35, die Oppositionellen ebensoviel Sitze; Gewinn und Verlust sind also gegenwärtig auf beiden Seiten wieder völlig gleich. Die Wahlen sind jetzt so gut wie beendet, denn es fehlen bisher nur noch 13 Resultate. Der Ausfall dieser 13 Wahlen kann an der Zusammensetzung des Parlaments nichts mehr von Belang ändern, das jetzt dieselbe Physiognomie wie vor der Auflösung zeigt.

Amerika.

Der Ausstand der streikenden Kohlengrubenarbeiter in Pennsylvanien dauert zwar noch immer fort, doch scheint es, als wenn jetzt endlich gewisse Vorbedingungen für den Ausgleich geschaffen wären. In einer am Sonnabend in Scranton abgehaltenen Versammlung der Bergarbeiter wurde ein Beschlußantrag der Kommission angenommen, welche eine zehnprozentige Lohnerhöhung anzunehmen rät. Für den Fall, daß gewisse andere Bedingungen den Gesellschaften unannehmbar erschienen, schlägt der Beschlußantrag vor, sämmtliche Streitpunkte einem Schiedsgerichte zu unterbreiten. Unterdessen werde der Ausstand fortdauern müssen.

Aus Santo Domingo wird berichtet, daß nach Meldung der Behörden im Innern die Aufständischen umzingelt wurden; sie verlangen Bürgschaften, ehe sie sich ergeben. Die Hauptstadt und die benachbarten Bezirke sind ruhig. Der Aufruhr gilt als unterdrückt; neue Aufrufe, welche die Aufständischen verbreiten wollten, wurden abgefangen. Das Geschäft liegt aber noch darnieder. — Der Aufstand, von dem hier die Rede ist, datirt noch von der Ermordung des alten Präsidenten Ulisses Heureaux und der sich daran anschließenden Wahl des neuen Präsidenten Simenez. Heureaux wurde bekanntlich Ende Juli 1899 ermordet.

Kleine Notizen.

Der König von Griechenland ist in Paris eingetroffen.

Die Königin von Griechenland hat sich mit dem Prinzen Christoph nach Livadia zum Zaren begeben.

Die französischen Senatoren Cochery und Graf Jaugne sind am Sonnabend in Paris gestorben.

Anläßlich des Eintreffens des französischen Antisemitenführers Max Regis kam es in Algier zu Ruhestörungen. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

Die rumänische Kammer genehmigte mit 98 gegen 15 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Cession der Einnahmen aus dem Cigarettenpapier-Monopol an die Diskonto-Gesellschaft gegen einen Vorschuß von 15 Millionen Francs.

Das chilenische Kabinet ist zurückgetreten.

Provinzialnachrichten.

m. **Nordhausen**, 15. Okt. [Goethehalle auf dem Brocken.] Zu dem Plane der Erbauung einer Goethehalle auf dem Brocken erfahren wir, daß dem bekannten Kunstmaler Hermann Hendrich aus Berlin, der, wie s. Z. berichtet, zuerst diesen Plan faßte, auf seine Eingabe an den Besitzer des Brockens, den Fürsten Christian Ernst zu Stolberg-Wernigerode, von letzterem ein liebenswürdiges Handschreiben zugegangen ist, in dem der Fürst seine volle Zustimmung zu dem Plane ausdrückt und den Künstler auffordert, sich gegen Ende d. M. auf dem fürstlichen Schloß Wernigerode einzufinden, um mit dem Fürsten Rücksprache zu nehmen. — Bekanntlich kommt auch der Kaiser Ende Oktober zur Jagd nach Wernigerode, so daß dann wohl Endgültiges über den Bau beschlossen werden wird.

x. **Mansfeld**, 14. Okt. [Feuer.] Die Scheune, das Waschhaus und die Stallungen des Gastwirths Lucke hier brannten gestern nieder. Es gelang den Feuerwehren nur, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Wassermangel, herbeigeführt durch die Rämmungsarbeiten der Thalbacher, machte sich bei den Löschungsarbeiten recht fühlbar. Die Entstehungsursache kennt man nicht.

g. **Wettin**, 14. Okt. [Ertrunken.] In Closchwitz ertränkte sich die 26 Jahre alte Tochter des Mühlenbesitzers Lange aus Ulebesgram. Ihre Leiche ist bereits gefunden.

* **Schafstädt**, 14. Okt. [Bei der Treibjagd.] die Herr Rentier Oswald Hochheim abhielt, wurden von 36 Jägern 210 Hasen und einige Hühner geschossen. Zwei Jäger hatten das Glück, je einen Fuchs zu erlegen.

i. **Wehlitz**, 14. Okt. [Sturz.] Der auf dem hiesigen Rittergute beschäftigte 16jährige Arbeiter Koffeck stürzte gestern von einem Getreidediemen und erlitt einen schweren Bruch des rechten Unterschenkels, so daß er nach Halle in die Klinik gebracht werden mußte.

* **Schkölen**, 14. Okt. [Der Brandstiftung] bei dem Oekonom Karl Schlegel zu Launewitz dringend verdächtig wurde der erst Ostern d. J. konfirmirte Polz, welcher bei Sch. in Dienst war, verhaftet und in das Gefängniß zu Naumburg abgeliefert. Polz's Eltern wohnen z. Z. hier. Der muthmaßliche Thäter soll schon, als er noch zur Schule ging, ein Thunichtgut gewesen sein.

K. **Erfurt**, 14. Okt. [Masern.] In dem uns benachbarten Efschleben grassiren seit Beginn der Michaelisferien, die mit Montag zu Ende gehen, die Masern so stark, daß mehr als die Hälfte der Schulkinder krank darnieder liegt, so daß an Schulunterricht morgen noch nicht wieder gedacht werden kann. Glücklicherweise hat die Krankheit keinen bösartigen Verlauf.

x. **Eisenburg**, 14. Okt. [Scharlach.] Die Ferien in den öffentlichen Volksschulen wurden um 10 Tage verlängert, weil unter der Schulsugend Scharlach aufgetreten ist.

— [Offene Pfarrstelle.] Die Pfarrstelle zu Gudersleben, Diözese Nordhausen, ist vakant. Dieselbe gewährt (neben freier Wohnung) das Grundgehalt der 1. Klasse von 1800 M. Zur Stelle gehören zwei Kirchen.

⊙ **Bernburg**, 13. Oktober. [25jähriges Bestehen.] Am 1. Okt. d. J. waren 25 Jahre verflossen, seit die hiesige Landes-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke besteht. Sie wurde mit einem Kostenaufwande von 726,000 M. erbaut und nahm am 1. Okt. 1875 die damals in den Anstalten zu Dessau und Bernburg vorhandenen 115 Kranken auf. Bei der sich stetig mehrenden Krankenzahl mußten im Laufe der Jahre bedeutende Ergänzungs- und Vergrößerungsbauten, sowie eine Verstärkung des Beamten- und Pflegepersonals vorgenommen werden. Im Höchststalle könnten zur Zeit 180 Pfleglinge Aufnahme finden.

* **Jena**, 14. Okt. [Schenkung.] Frau Konsul Brandt hier schenkte dem Verein zur Gewährung unentgeltlicher Krankenpflege „Evangelische Schwesterstation zu Jena" ein Haus im Werthe von 28,000 M.

* **Eisenberg**, 14. Okt. [Feuer.] Im Gehöfte des Gasthauses „Zum Tunnel" hier brach Feuer aus, dem die Stallgebäude und Scheune zum Opfer fielen. Die Viehbestände und die daneben liegende, arg gefährdete Essigfabrik von Wagner konnten gerettet werden. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

* **Lobenstein**, 14. Okt. [Großfeuer.] In Oberlemnitz sind sechs Bauergüter mit Mobiliar und allen Erntevorräthen niedergebrannt. Der 6jährige Sohn des ebenfalls abgebrannten Landwirths Groh hat mit Streichhölzern gespielt und den Brand verursacht. Die Gemeindeakten konnten beim Bürgermeister Patzer, dessen Besitzthum mit eingeäschert worden ist, rechtzeitig gerettet werden. Die schon von den Flammen ergriffene Kirche konnte durch die Feuerwehr vor Vernichtung bewahrt werden.

* * **Themar**, 14. Oktober. [Niedergegangener Luftballon.] Von den in verschiedenen Orten Thüringens gesehenen, in Frankreich aufgestiegenen Luftballons kam infolge eines eingetretenen Risses der eine bei Bischofsrod zum Sinken. Die Insassen, der Luftschiffer Léon Maison und Gattin aus Paris, erreichten unversehrt den Boden, nachdem sie eine 28stündige Fahrt von Paris aus zurückgelegt hatten. Das des Deutschen nicht mächtige Ehepaar war nicht wenig erstaunt, als es erfuhr, daß es sich in Thüringen und nicht in Italien befinde. Am Donnerstag haben die Aëronauten von hier aus mit der Bahn die Heimreise angetreten.

* **Neumark**, 14. Okt. [Tödtlicher Sturz.] Hier stürzte der 71jährige Auszügler Gottfried Weniger beim Pflaumenpflücken von der Leiter herab und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß nach einer Stunde infolge innerer Verblutung der Tod eintrat.

* **Apolda**, 14. Okt. [Max und Moritz!] Zwei hiesige Schulknaben, die einen Sarg nach der Leichenhalle brachten, kamen unterwegs auf den unglaublichen Einfall, beim Ueberschreiten des Antonienplatzes eines der dort spielenden kleinen Kinder aufzufangen und trotz des erklärlichen heftigen Sträubens in den Sarg zu legen. Die Rangen sollen für ihren Streich exemplarisch bestraft worden sein.

* **Gera**, 14. Okt. [Brandstifter.] In Langenwolschendorf wurde der Arbeiter Brendel als Brandstifter festgenommen. Er hat vor etwa 3 Wochen sein Anwesen angezündet, das ein Raub der Flammen wurde. Man ist erst spät auf den richtigen Thäter gekommen, der sich in angetrunkenem Zustande selbst verriet.

* **Oberwirbach**, 14. Okt. [Georgsthurm.] Bekanntlich brach am 19. Januar 1890 — dem Todestage des Fürsten Georg — der in der Nähe des hiesigen Ortes sich befindende Georgsthurm zusammen, von dem man eine herrliche Aussicht nach dem Vogtlande, Saalethal, Orlathal, dem Brocken, dem Frankenwalde und den Bergen des Thüringerwaldes hatte. Naturfreunde dürfte es interessiren, daß der Georgsthurm von dem Verschönerungsverein Blankenburg jetzt wieder aufgebaut wird.

* **Großtabars**, 13. Oktober. [Familientragödie.] Das in der Nähe des Kurhauses an der oberen Straße nach Friedrichroda so reizend gelegene Schloß Zimmerberg" war gestern vormittag der Schauplatz einer erschütternden Familien-Tragödie. Der Besitzer des Etablissements, der praktische Arzt Dr. med. v. Chelstowski, der auch in San Remo ein vielbesuchtes Sanatorium besitzt und in diesem Winter behufs Ausübung seiner ärztlichen Kunst nach Berlin übersiedeln wollte, feuerte — jedenfalls in einem plötzlichen Anfalle von Geistesstörung — auf seine Gattin zwei Revolverschüsse, glücklicherweise ohne zu treffen, ab, worauf er sich durch einen weiteren Schuß selbst entleibte.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 13. Okt. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd. **Sachsen**, von Ostasien, 12. in Shanghai. **Mark** 12. in Montevideo. **Prinz-Regent Luitpold**, von Australien, 13. Ouessant passirt. **Stuttgart**, 13. in Aden. **Friedrich der Grosse**, von New York, 13. Lizard passirt. **Darmstadt** 11. in Tokio. **König Albert**, nach Ostasien, 11. Gibraltar passirt. **Halle** 11. von Moji nach Tsingtau. **Trier**, nach New York, 12. St. Catherines Point passirt. **Barbarossa** 11. in Antwerpen.

Damen-Hüte, nur geschmackvolle, aparte Genres, zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Geschäftshaus **J. Lewin** Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Backfisch-Hüte. Mädchen-Hüte, Knaben-Hüte und Mützen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19001015014/fragment/page=0003

Kleiderstoffe

in **Wolle und Seide,**

farbig u. schwarz, neueste Modestoffe in aparten Farbentönen, wohlfeil und gut in Qualität. Grosse Auswahl.

Anfertigung bestsitzender Kleider nach Maass.

C. A. Boegelsack, Gr. Ulrichstrasse 18,

Specialhaus für Damenkleiderstoffe und fertige Kleider.

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft,

Ingenieur-Bureau, Halle a. S.

Leipziger Str. 5, I. Leipziger Str. 5, I.

liefert Anlagen für

Elektr. Beleuchtung und Kraftübertragung

in jedem Umfange

und empfiehlt sich besonders für

Elektromotore und Haus-Installationen

entsprechend den Vorschriften des städtischen Elektricitäts-Werkes.

Kostenanschläge gratis. Feinste Referenzen.

H. Steinmetz,

Photograph,

Gr. Ulrichstr. 50 (Kaisersäle).

Geschmackvoll ausgeführte, garantirt haltbare **Portraits,**

13 Visites 6 M, 13 Cabinet 12 M

Signorina Cappelli aus Rom,

von der Reise zurück, ertheilt auch in Halle wieder italienischen Unterricht. Gefl. Anmeldungen Leipzig, Pfaffendorferstr. 56, III.

Möbel-Etablissement

M. Resch

Halle a. S.,

Leipziger Str. 11 (Eing. im Laden).

Verkaufsräume befinden sich I., II. u. III. Etage.

Specialgeschäft completter

Wohnungs-Einrichtungen

v. 200–6000 Mk.

Salon.

1 hochel. Plüschgarn od. Paneels.	M	130,
1 „ nußb. Salon-Verticow	„	60,
1 „ „ Salontisch	„	22,
1 „ „ gr. Säulen-Trumeau mit Hut.	„	55,
4 moderne Rohrlehnstühle	„	24.

Wohnzimmer.

1 Kleidersekretär mit Muschel	„	35,
1 Speisetisch mit Auszügen	„	22,
1 gr. Vieilerlo. m. Schränkch.	„	35,
1 gute Ottomane mit Rippbes.	„	50,
4 Stühle mit Rohrsitz	„	14,
1 Servirtisch	„	10.

Schlafzimmer.

2 franz. Bettst. mit Sprungf.-Matratze und Keilkissen	„	88,
1 Waschtisch mit Marmorplatte	„	32,
1 Waschtischspiegel	„	3,
1 compl. Kücheneinrichtung	„	40,

Alles zusammen für M 620

Sämmtliche Möbel werden zu selben Preis auch einzeln abgegeben. Trotz der billigen Preise langjähr. Garantie. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich aufbew. u. a. best. Zeit franco geliefert.

4% Hamburger Staatsanleihe

unkündbar bis 1909.

Zeichnungen nehme ich **kostenfrei** entgegen.

B. J. Baer, Bankgeschäft,

Halle a. S., Leipziger Str. 64.

Montag und Dienstag, den 15. u. 16. d. Mts., ist mein Bureau Feiertagshalber geschlossen.

Gründlichen Clavierunterricht

ertheilt nach leichtfasslicher Methode

C. Loewendahl, Schül. des Cölner Conservat. Forsterstr. 13, II.

Staatlich genehmigte Unterrichts-Anstalt

zur Vorbereitung für das **Einjährig-Freiw.-Examen,** sowie für alle Klassen höherer Lehranstalten (Sexta bis Prima incl. Abiturium) von

Dr. H. Krause in Halle a. S., Heinrichstrasse 14.

Pension. — Programm. — Schulanfang den 16. Oktober.

Glasbausteine

Patent Falconnier,

An Stelle der bisher gebräuchlichen Verglasungen an Bauten aller Art haben sich die

Patent-Glasbausteine

(System Falconnier)

neuerdings in vielen Fällen als überaus praktisch und vorteilhaft bewährt.

Vorteile:

Grösstenbeschränkte Lichtzufuhr, grosse Festigkeit bei Temperatur- und Schall-Isolierungen. Anlaufen und Gefrieren ausgeschlossen, Läden und Vorhänge überflüssig. Reinigung die denkbar leichteste. Grosse Heizmaterialienersparnis im Winter. Grossartige Lichteffekte durch Zusammenstellung von verschiedenfarbigen Steinen.

Angewendet von den Eisenbahn-Verwaltungen Deutschlands und des Auslandes an Lokomotiv-Remisen und Wartehallen etc., ferner von den verschiedensten Industriellen bei Fabrikbauten, Wänden, Dächernete.

Glashaus.

Unentbehrlich für Gewächshäuser, Veranden, Treppenhäuser etc.

Glasbausteine mit Drahtmantel für Brandmauern.

Lager an allen grösseren Plätzen.

Glashüttenwerke Adlerhütten A.-G.

PENZIG in Schlesien.

Bruno Meyer's Knaben-Turn- u. Exerzierschule zu Halle a/S.

Den geehrten Herrschaften von Halle die sehr ergebene Mittheilung, daß ich am **15. Oktober cr.** hierselbst eine **Knaben-Turn- und Exerzierschule,** nach dem wohlbewährten Muster in Leipzig, errichte. Indem ich die höfliche Bitte mir aussprechen erlaube, sich für mein Unternehmen interessiren u. dasselbe gütigst unterstützen zu wollen, zeichne ich

Halle a. S., den 10. Oktober 1900. **Bruno Meyer.**

NB. Alles Nähere im Prospekt, welcher gern gratis zur Verfügung steht. Anmeldungen erbitte nach **Giebichenstein, Angerweg 3, I.**

Uebungssäle: **Paradiesgarten,** Rathswerder 3 und **Hotel „Herzog Alfred",** Wallstr. 42, woselbst auch Anmeldungen entgegengenommen werden.

K. Mauersberger,

Färberei u. Chem. Wasch-Anstalt.

Größtes Etablissement der Provinz.

Läden: Gr. Steinstr. 1–2, Ecke Gr. Ulrichstraße, Geistr. 15, Adler-Apotheke, Fernruf 1252, Leipziger Str. 33, Fernruf 1248, Moritzkirchhof 5.

Annahmestelle bei Herrn **Calander,** neben Walhalla.

Schnelle Lieferung.

Anerkannt vorzügliche Ausführung.

Alle Arten Stempel in Kautschuk und Metall

Kautschuktypen, Signirtypen, Signirschablonen, Nummerateure, Petschafte, Siegelmarken, Brennstempel, Plombenzangen, gepr. Blechschilder etc.

Alfred Pfautsch

Stempel-Fabrik

Nicolaistrasse 6

(Händelhaus)

Aug. Weddy

liefert auf

Yost-Maschine

Schreibarbeiten und **Vervielfältigungen.**

Unterricht Mk. 20 — bei Ankauf einer Maschine gratis.

Blitzableiter, Telephon-, Telegraphen-, Licht- und Motoren-Anlagen.

F. May,

Königstrasse 13. Fernruf 634.

Kostenanschläge gratis.

Vernickelungsanstalt

Josef Mittag,

Henriettenstraße 33.

Goldene Medaille. **Bruchleidenden** PARIS 1896.

empfehle meine nachweisbar von Tausenden mit Vorliebe getragenen, solid und dauerhaft gearbeiteten

Gürtelbruchbänder ohne Federn,

Leib- und Vorfallbinden. Für jeden Bruchschaden Extraanfertigung, deshalb jeder Versuch befriedigend. Kein Druck wie bei Federbändern. Mein Vertreter zeigt Muster vor und nimmt Bestellungen entgegen in **Halle a/S. Donnerstag, 18. Okt., 8–5 Uhr** und **Freitag, 19. Okt., 3–5 Uhr Nachm.** im **Hôtel zur Stadt Bernburg,** Franckestr. 12.

Bandagenfabrik **L. Bogisch, Stuttgart,** jetzt Ludwigstr. 75.

Für den Schreibunterricht.

Schönschreibhefte von Otto Müller.

Fortgesetzt verbess. n. d. Vorschriften d. Schulbehörden.

9 Hefte deutsche, 8 lat. Schrift, 3 Hefte Geschäftsaufsätze. 6 Hefte Liniaturen ohne Vorschriften.

Eingeführt in vielen Hunderten von Schulen.

Probehefte an Schulvorsteher unentgeltlich.

Otto Hendel Verlag, Halle (S.).

DAVID'S MIGNON-KAKAO

pr. Pfd. Mk.: 1,60, 1,80, 2,00 u. 2,40

ist an Reinheit und Wohlgeschmack unübertroffen.

FR. DAVID SÖHNE, HALLE A. S.

Tapeten

neueste Muster zu billigsten Preisen empfiehlt

Hermann Bischoff,

Gr. Klausstraße 4.

Reste bis 19 Rollen außergewöhnlich billig.

Bruchleidenden,

welche einen Versuch machen wollen, stelle ich eine grössere Anzahl von

Gürtelbruchbändern ohne Federn

von **L. Bogisch, Stuttgart, gratis** zur Verfügung. Dieselben sind als durchaus unbrauchbar von Bruchleidenden bei mir zurückgelassen, welche durch Schaden klug geworden, wieder zu dem allein brauchbaren Bruchbande mit Feder zurückgriffen, das, wenn kunstgerecht angepasst, nie drückt, den Bruch aber sicher zurückhält, was das sogen. Gürtelbruchband — wie jeder Sachverständige weiss — nicht thut.

F. Hellwig, Bandagist, Barfüsserstrasse 10.

Gute Regenschirme,

eigenes Fabrikat, garantirt dauerhaft. Reparat. jed. Art. Ergänzungsfähig. Schirm-Fabrik **Fritz Behrens,** Halle a. S., Gr. Steinstraße 85, Ecke Neumhäuser.

Ueberziehen auf Wunsch innerh. 1 Std.

David's Mignon-Kakao ist zu haben bei Julius Lüderitz, Harz 29.

Good-year-Welt-Schuhwaaren. Naturgemäße Fußbekleidung, nach Maaß. Reparaturen prompt und gut.

Franz Schröder, Gr. Ulrichstraße 31.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19001015014/fragment/page=0004